

**Der Wandel des wirtschaftspolitischen
Leitbildes in Österreich seit den
siebziger Jahren**

Andreas Wörgötter

**Sonderdruck/Reprint No. 10
Juli 1994**

Reprint from: Günther Chaloupek und Michael Mesch (Hrsg.): Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren. Reihe "Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien", Band 1, Verlag Orac, Wien 1993, S. 79–98.

Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren

Andreas Wörgötter

1. Der wirtschaftspolitische Konsens der siebziger Jahre

Trotz parteipolitischer Differenzen (1) waren die wesentlichen Konzeptionen der Wirtschaftspolitik in Österreich in den siebziger Jahren unbestritten. Die wirtschaftspolitische Zuständigkeit der Sozialpartner wurde nicht in Frage gestellt, die Präferenzen der Bevölkerung waren klar zu erkennen (2), die relativ guten wirtschaftlichen Ergebnisse lieferten eine Bestätigung des eingeschlagenen Weges. Es wäre daher durchaus denkbar, daß auch eine andere Regierung unter der Beteiligung der ÖVP eine ähnliche Wirtschaftspolitik durchgeführt hätte (3). Neben diesem weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Konsens in Fragen der Wirtschaftspolitik war auch der Glaube an das wirtschaftstheoretische Weltbild in Österreich noch weitgehend intakt. Die überwiegende Anzahl der österreichischen Ökonomen bezeichnete sich als keynesianisch (4). Vom Staat wurde eine aktive Rolle zur Konjunktursteuerung erwartet. Ex-post fällt allerdings auf, daß diese Rolle asymmetrisch verstanden wurde. Während der Zeit positiver (internationaler) Nachfrageschocks zu Beginn der siebziger Jahre wurde keine Reduktion der Budgetdefizite verlangt und durchgeführt, während zur Zeit der negativen (den Energiepreis betreffenden) Angebotsschocks sehr wohl eine expansive Budgetpolitik erwartet und durchgeführt wurde.

Posthum erhielt dieser Konsens die Bezeichnung Austro-Keynesianismus (5). Der Zusammenhang mit dem Keynesianismus ergibt sich durch die Betonung des Vollbeschäftigungsziels und der fiskalpolitischen Einsatzbereitschaft. Die österreichische Komponente daran waren die Sozialpartnerschaft und die Verwendung der Hartwährungspolitik zur Wahrung der stabilitätspolitischen Rahmenbedingungen.

1.1. Die Ziele

Die wichtigsten Ziele für die Wirtschaftspolitik waren Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und die Stabilität der Einkommens- und Vermögensverteilung. Preisstabilität war kein Ziel für sich, sondern wurde wegen seiner Konsequenzen für Wirtschaftswachstum (durch die Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit) und Verteilung (durch das Ausbleiben einer überraschenden und unerwarteten Entwertung von Geldvermögen) angestrebt.

Das *Beschäftigungsziel* wurde eindeutig mit der höchsten Priorität verfolgt. Es ging dabei nicht nur um die Möglichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, falls man den alten verloren hatte. Das Beschäftigungsziel wurde nicht bloß als makroökonomisches Ziel verfolgt, sondern auch auf die Sicherung der Beschäftigung einzelner Betriebe angewendet.

Das *Wachstumsziel* hatte mehrere Attraktionen. Zum einen entsprach es dem Wunsch, den in den sechziger Jahren stagnierenden Aufholprozeß der österreichischen Wirtschaft gegenüber den europäischen OECD-Ländern zu beschleunigen. Zum anderen waren neue Ansprüche leichter zu befriedigen, wenn die Wirtschaft schneller wuchs.

Die *Stabilität der Einkommens- und Vermögensverteilung* entsprach dem Grundkonsens der österreichischen Gesellschaft. Durch die negativen Erfahrungen der Ersten Republik fanden verteilungspolitische Ansprüche keine Mehrheiten. Verteilungskonflikte wurden grundsätzlich durch Erhaltung von bestehenden, historisch gewachsenen relativen Positionen vermieden. Dies betraf sowohl den Bereich der persönlichen als auch der funktionalen Einkommensverteilung. Lohnstrukturen waren durch ein hohes Ausmaß an Stabilität gekennzeichnet. Die Veränderung der Aufteilung des Volkseinkommens in Löhne und Gewinne wurde nicht als eigenständiges Ziel angesehen.

1.2. Die Instrumente

Die wichtigsten Instrumente zur Verfolgung der beschriebenen Ziele waren eine flexible Fiskalpolitik, eine wechsellkursorientierte Geldpolitik und die problemlösungsorientierte Sozialpartnerschaft.

Die Aufgaben der *Fiskalpolitik* bestanden nicht nur in der Tolerierung antizyklischer (keynesianischer) Defizite, sondern vor allem in der Finanzierung einer Reihe von angebotsorientierten Maßnahmen (6), die vor allem zur Erreichung des Beschäftigungs- und Wachstumsziels beitragen sollten. Darüber hinaus waren auch (wenn auch meist mit einer zeitlichen Verzögerung) die Kosten der Kompromißbildung der Sozialpartner zu tragen. Der sichtbare Ausdruck für den Einsatz der Fiskalpolitik zur Erhaltung der Vollbeschäftigung, wurde in den Beschäftigungsprogrammen des Bundes gefunden, die zwar zum Teil nur eine symbolhafte Zusammenstellung jedenfalls durchgeführter Investitionsprojekte waren, aber in der Öffentlichkeit das Verantwortungsbewußtsein des Staates um die Erhaltung der Vollbeschäftigung zum Ausdruck bringen sollten.

Eine wichtige Rolle spielte die dann auch erst später budgetwirksam gewordene Entlassungsbremse in der verstaatlichten Industrie. Während die Zahl der Industriebeschäftigten zwischen 1973 und 1979 um 8,4 Prozent sank, stieg die Beschäftigung in der verstaatlichten Industrie im selben Zeitraum um 0,6 Prozent (7). Dies wurde sowohl durch eine Inkaufnahme einer geringeren Produktivitätssteigerung (8) als auch einer vor allem an Umsatz und Auslastung orientierten Geschäftspolitik erreicht.

Neben der aktiven Einflußnahme auf die verstaatlichte Industrie im Dienste der Vollbeschäftigungspolitik wurde auch das Mittel der Frühpensionierung verstärkt zur Reduktion des inländischen Arbeitskräfteangebotes eingesetzt (9).

Wenn auch die Fiskalpolitik der siebziger Jahre eine spektakuläre Erhöhung der Staatsschuldenquote von 12,6 Prozent (1970) auf 26,2 Prozent (1980) mit sich gebracht hat, so fand sie kaum wesentliche Gegner. Innerhalb der SPÖ gab es zwischen Finanzminister Androsch und Bundeskanzler Kreisky (10) darüber keine Meinungsdivergenzen. In der ÖVP war vor allem Professor Stephan Koren ein wortgewaltiger Gegner der seiner Meinung nach exzessiven Ausdehnung der Staatsverschuldung. Nach seinem Wechsel in die Nationalbank gewann aber auch in der großen Oppositionspartei eine konziliantere Haltung die Oberhand. Die *Geldpolitik* stand nach dem Zusammenbruch der Weltwährungsordnung von Bretton Woods vor schwierigen Aufgaben. Schrittweise wurde eine Bindung an den DM-Kurs gefunden, die bald die Bezeichnung „Hartwährungspolitik“ verliehen bekommen hat. Damit wurde vor allem eine Stabilisierung der Import- und Exportpreise angestrebt, die im Sinne des skandinavischen Modells auch zu einer Dämpfung des heimischen Preisauftriebes beitragen sollte.

Die *Wechselkurspolitik* wurde vor allem im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Leistungsbilanz beurteilt. Der konstante Kurs zur DM sollte auch zu einer stärkeren internationalen Verflechtung der österreichischen Wirtschaft beitragen. Die außenwirtschaftliche Konkurrenz sollte als Disziplinierungsmittel gegen unrealistische Einkommensansprüche dienen und den Strukturwandel der österreichischen Wirtschaft begünstigen.

Die enge monetäre Verflechtung mit der Weltwirtschaft wurde auch durch entsprechende handelspolitische Schritte begleitet. Österreich hat in dieser Zeit alle integrationsfördernden Schritte entweder im Rahmen des GATT oder in Form von Verträgen mit der EG mitvollzogen.

Die *Problemlösungskapazität der Sozialpartner* wurde in den siebziger Jahren sowohl verstärkt in Anspruch genommen als auch gleichzeitig stärkeren Belastungen ausgesetzt. Die Energiepreiserhöhungen 1973 versetzten der Weltwirtschaft erstmals seit Kriegsende wieder so starke negative Impulse, daß es 1975 zu einer Schrumpfung der wirtschaftlichen Aktivität kam.

Auch in Österreich kam es 1975 zu einer Reduktion des realen Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig stiegen die Lohnkosten wegen der Arbeitszeitverkürzung und einer zu kräftig ausgefallenen Lohnrunde überdurchschnittlich. Trotz einer Gewinnkompression um 2,2 Prozent (bei einer Volkseinkommenssteigerung um 5,8 Prozent) kam es nicht zu einer merklichen Verringerung der Beschäftigung. Dazu haben ohne Zweifel die Sozialpartner durch ihr Vertrauensverhältnis wesentlich beigetragen.

Die Sozialpartner hatten aber neben den schwierigen internationalen Rahmenbedingungen und ihren Auswirkungen auf Österreich noch den Übergang zu Alleinregierungen zu verkraften.

1.3. Die makroökonomische Entwicklung in Österreich 1970–1990

Der österreichische Weg fand in den siebziger Jahren internationale Bewunderung (11) oder zumindestens Beachtung (12). Dazu hat eine signifikant günstigere makroökonomische Entwicklung als vergleichsweise in den europäischen OECD-Ländern Anlaß gegeben. Die Tabelle 1 enthält die drei wichtigsten Ziel-

größen für Österreich und die europäischen Länder in den siebziger und achtziger Jahren.

Tabelle 1:

**Die makroökonomische Entwicklung in Österreich und OECD-Europa
1970 bis 1990**

	1970	1980	1990
Arbeitslosigkeit (in Prozent)			
Österreich	1,4	1,9	5,4
OECD insgesamt	3,1	5,8	6,1
Beschäftigung		(1970 = 100)	(1980 = 100)
Österreich		107,0	101,2
OECD-Europa		102,3	106,6
Reales Bruttoinlandsprodukt		(1970 = 100)	(1980 = 100)
Österreich		143	124
OECD-Europa		134	126
Inflation (BIP-Deflator)		(1970 = 100)	(1980 = 100)
Österreich		185	145
OECD-Europa		234	203
Stundenlöhne		(1970 = 100)	(1980 = 100)
Österreich *		275	165
BRD **		216	150
Staatsschuldenquote (in Prozent des BIP)			
Österreich	12,6	26,3	48,2
OECD-Europa***	42,2	42,6	58,1

* Industrie

** Sachgüterproduktion (Industrie und Gewerbe)

*** Ohne Schweiz, Belgien, Liechtenstein, Irland und Spanien

Quellen: ÖStZ, OECD

Die Arbeitslosenrate demonstriert die unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern am deutlichsten. Während die Weltwirtschaft eine dramatische Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen hinnehmen mußte, konnte in Österreich zwischen 1970 und 1980 die Arbeitslosenrate unter 2 Prozent gehalten werden. Zwischen 1980 und 1990 war allerdings auch in Österreich eine Verschlechterung der Arbeitslosenrate nicht mehr zu verhindern.

Die günstigere Arbeitsmarktentwicklung hing mit dem höheren Wachstum zusammen. Zwischen 1970 und 1980 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich um 43 Prozent, während die europäischen OECD-Länder nur einen Anstieg um 34 Prozent verzeichnen konnten. In den achtziger Jahren mußte ein kleiner Teil dieses Wachstumsvorsprunges wieder aufgegeben werden. Während die europäischen OECD-Länder um 26 Prozent wachsen konnten, stieg das reale

Bruttoinlandsprodukt in Österreich nur um 24 Prozent. Dieser Wachstumsrückstand hatte 1988 bereits die Hälfte des Vorsprungs aus den siebziger Jahren zunichte gemacht. Erst die Ostöffnung brachte die österreichische Wirtschaft wieder auf die Überholspur (13).

Die durchgehend besseren Indikatoren konnte Österreich bei Preisen und Löhnen erreichen. Während in Österreich der Anstieg des BIP-Deflators zwischen 1980 und 1990 gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt beinahe halbiert werden konnte, gelang in den europäischen OECD-Ländern im selben Zeitraum nur ein relativ magerer Gewinn an Preisstabilität. Wenn auch zweifelsohne durch das Europäische Währungssystem Fortschritte gemacht wurden und die Inflationsraten nicht mehr im selben Ausmaß divergieren, so zeigten gerade die Währungsturbulenzen im Herbst 1992 die noch bestehenden Inflationsquellen schonungslos auf.

Das Besondere an der österreichischen Entwicklung besteht jedoch auch darin, daß die Beschäftigungs- und Stabilitätserfolge nicht auf Kosten der Reallöhne gingen. Zwischen 1970 und 1980 konnte eine Steigerung der realen Stundenlöhne in der Industrie um 48,6 Prozent erreicht werden, in den nächsten zehn Jahren immerhin noch um 13,8 Prozent.

Die Staatsschuldenquote mißt die angehäuften Budgetdefizite der Vergangenheit. Österreich fand 1970 eine ausgesprochen günstige Ausgangslage vor. Die Schulden des Zentralstaates betragen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nur 12,6 Prozent. Die relativ zur Inflationsrate niedrigen Zinsen erlaubten daher auch eine hohe Ausgaben-Wirksamkeit der Ausdehnung der Staatsschuld, die bis 1980 auf 26,3 Prozent stieg. Bis 1990 kam es beinahe zu einer weiteren Verdoppelung der Staatsschuldenquote. In den achtziger Jahren wurde allerdings bereits der größte Teil des Nettodefizits durch wenig ausgabenwirksame Zinszahlungen in Anspruch genommen. In den europäischen OECD-Ländern war die Staatsschuldenquote bereits 1970 wesentlich höher als in Österreich. Der Abstand verringerte sich innerhalb von zwanzig Jahren allerdings pro Jahr um etwa einen Prozentpunkt. Während 1970 die 13 erfaßten OECD-Länder noch eine um etwa 30 Prozent höhere Staatsschuldenquote als Österreich aufwiesen, betrug dieser Abstand 1990 nur mehr etwa 10 Prozent.

Zusammenfassend kann man daher folgende Merkmale der österreichischen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren festhalten:

- (a) *Die Wirtschaftspolitik wurde von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen.* Die Erhaltung der Vollbeschäftigung genoß eindeutig die Priorität. Vom Staat wurde ebenso eindeutig eine aktive Rolle erwartet. Dieser gesellschaftliche Konsens fand auch in der Unterstützung durch die Sozialpartner seinen sichtbaren Ausdruck. Die Gewerkschaften verfolgten eine stabilitätsorientierte Lohnbestimmung, während die Unternehmen (im Vertrauen auf eine expansive Fiskalpolitik) eine vollbeschäftigungskonforme Beschäftigungspolitik betrieben und darauf verzichteten, die Beschäftigung dem aktuellen Produktionsniveau sofort anzupassen. Die Verfolgung des Vollbeschäftigungsziels durch eine Wachstumspolitik wurde weitgehend akzeptiert.
- (b) *Die Wirtschaftspolitik wurde auch aktiv wahrgenommen.* Die Geld- und Währungspolitik ließ keinen Zweifel an der Verfolgung des Stabilitätsziels, die Fiskalpoli-

itik wurde aktiv zur Erhaltung der Vollbeschäftigung eingesetzt. Es gab daher klare wirtschaftspolitische Absichten, die auch angesichts schwieriger Rahmenbedingungen verfolgt wurden.

- (c) *Die Ausgangslage speziell für die expansive Fiskalpolitik war wegen der niedrigen Staatsverschuldung und der niedrigen realen Finanzierungskosten sehr günstig.* Trotz einer starken Expansion der Budgetdefizite ab 1975 blieb die Staatsschuldenquote 1980 mit 26,3 noch um 16,3 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert für die europäischen OECD-Länder. 1990 war diese Differenz bereits auf 9,9 Prozentpunkte geschrumpft. In den siebziger Jahren war die Zinsendienstquote noch sehr niedrig.
- (d) *Die betriebene Wirtschaftspolitik wurde von der vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Auffassung in Österreich nicht in Frage gestellt.* Bruno Kreisky und die SPÖ haben ihren Wahlkampf 1970 auch unter Berufung auf die 1400 Fachleute geführt, die zur Erarbeitung von optimalen Lösungen verschiedenster Probleme herangezogen werden konnten. Unter diesen waren auch viele Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die eine aktive Rolle des Staates zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterstützten.
- (e) *Die erreichte makroökonomische Entwicklung war im Verhältnis zu den OECD-Ländern beeindruckend und wurde auch entsprechend gewürdigt.* Die Arbeitslosenrate blieb 1980 unter dem Niveau von 1970, während sie sich in der OECD beinahe verdoppelte, die Wirtschaft wuchs in Österreich um 9 Prozentpunkte schneller, und die Preise stiegen um 49 Prozentpunkte weniger als in den europäischen OECD-Ländern zwischen 1970 und 1980.

2. Die Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den achtziger Jahren

Die achtziger Jahre begannen mit einem neuerlichen Ölschock, der wiederum eine stagnative Phase der Weltwirtschaft einleitete. Während die Geldpolitik den ersten Ölpreisschock im wesentlichen akkommodiert hat, stellten die politischen Veränderungen in den großen Industrieländern USA, Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland auch einen Kurswechsel für die Wirtschaftspolitik dar. Diese Trendwende blieb natürlich auch nicht ohne Auswirkungen auf Österreich. Konnten im Zuge der Zinserhöhungen in den siebziger Jahren noch mit den „freiwilligen“ Bonifizierungen starke Kursverluste (und damit unbeliebte Umverteilungen von Vermögen) vermieden werden, so war in den achtziger Jahren davon keine Rede mehr.

Die Internationalisierung der Wirtschaft und die Ökologisierung der Wertvorstellung in der Bevölkerung (insbesondere unter den Angestellten und Beamten) entzogen dem gesellschaftlichen Konsens der Wirtschaftspolitik des „Austro-Keynesianismus“ die reale Grundlage. Die Geldpolitik war auf eine konjunkturabhängige Regel eingeschworen, die Fiskalpolitik war wegen der steigenden Importquoten zunehmend weniger in der Lage, die heimische Nachfrage zu beeinflussen, und die Umweltbewegung verfolgte andere als wirtschaftliche Ziele.

Wirtschaftliche Krisen wurden in den achtziger Jahren zunehmend als von globalen Schocks verursacht wahrgenommen. Der Glaube an ihre nationale Bereinigung durch die Wirtschaftspolitik sank demgemäß zusehends. Eine anekdotische Evidenz dafür war die Absatzeinbuße australischer Weine in Japan im Zuge des österreichischen (Austrian) Weinskandals.

Während Österreich in den siebziger Jahren einen Bonus in der weltweiten öffentlichen Meinung in Anspruch nehmen konnte, überwogen in den achtziger Jahren die kritischen Stimmen. Die Wirtschaftspolitik sei zu sehr auf die Erhaltung nicht mehr wettbewerbsfähiger Strukturen ausgerichtet, Subventionen verzerrten die Investitionsentscheidungen, und Marktzutrittsbarrieren böten lokalen Monopolen zuviel Raum. Dies war der Tenor der OECD-Länderberichte in den achtziger Jahren.

Erst Ende der achtziger Jahre führte der Zusammenbruch der östlichen Zentralverwaltungswirtschaften zur Beendigung der europäischen Nachkriegsordnung und einer freundlicheren Beurteilung der zukünftigen Perspektiven für Österreich. Österreich war über Nacht vom peripheren Sonderfall zur zentralen Notwendigkeit in einem freien Europa geworden.

2.1. Globalisierung

Der zweite und dritte Ölpreisschock, die Hochzinsphase zu Beginn der achtziger Jahre, der Zusammenbruch der Planungswirtschaften Osteuropas, die Schuldenkrise Lateinamerikas und Osteuropas, die Kurseinbrüche an den Aktienmärkten im Oktober 1987 und die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der Golfkrise illustrieren den globalen Charakter der Weltwirtschaft eindrucksvoll. Dem wurde auch in Form von stärkeren internationalen Integrationsbemühungen Rechnung getragen. Das Binnenmarktprogramm der EG und die nordamerikanischen Freihandelsabkommen zielen darauf ab, diese Regionen im großräumigen Wettbewerb zu stärken.

Für Österreich bedeutet dies eine zunehmend stärkere Gewichtung internationaler politischer und wirtschaftlicher Ereignisse und eine zunehmende Notwendigkeit für Koordination und Kooperation mit anderen Wirtschaften. Der Freiraum für Alleingänge wird eingeschränkt.

Die Zahl der nur mehr im globalen Zusammenhang lösbaren Probleme hat zugenommen. Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, die chaotischen Zustände in der ehemaligen Sowjetunion, die Flüchtlingsströme, die Drogenprobleme, Aids, organisierte Kriminalität und ein Teil der Umweltverschmutzung machen nicht mehr vor den Grenzen eines kleinen Landes halt. Von der Insel der Seligen sind nur mehr die Armen im Geiste übriggeblieben.

2.2. Internationalisierung

Im Zuge der Globalisierung der Weltwirtschaft kam es auch zu einer zunehmenden Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft, die in Tabelle 2 untermauert wird.

Die Außenhandelsquote Österreichs stieg zwischen 1970 und 1980 von 61,1 Prozent auf 77,9 Prozent. In den europäischen OECD-Ländern verlief die Zunahme der internationalen Arbeitsteilung langsamer: Die Außenhandelsquote stieg im selben Zeitraum von 44,4 Prozent auf 56,8 Prozent. In den achtziger Jahren kam es generell zu einer Erlahmung der internationalen Arbeitsteilung. Die Außenhandelsquote stieg in Österreich zwischen 1980 und 1990 nur mehr auf 81,0 Prozent und stagnierte in den europäischen OECD-Ländern bei 57 Prozent. In beiden Fällen lag die internationale Verflechtung der Gütermärkte beträchtlich über dem Niveau von Anfang der siebziger Jahre. Jedenfalls war das Tempo der Internationalisierung der österreichischen Gütermärkte höher als im europäischen OECD-Durchschnitt. Jede Ausdehnung der heimischen Nachfrage wurde daher zwangsläufig zu einem größeren Teil durch steigende Importe befriedigt, während die Auswirkung auf die heimische Produktion immer kleiner wurde.

Tabelle 2:

Internationalisierungskennziffern der österreichischen Wirtschaft

	1970	1980	1990
Außenhandelsquote = (Importe + Exporte)/BIP			
Österreich	61,1	77,9	81,0
OECD-Europa	44,4	56,8	57,3
Ausländerbeschäftigungsquote (in Prozent der unselbständig Beschäftigten)			
Österreich	4,7	6,3	7,4
Direktinvestitionen im Ausland (in Prozent der Bruttoanlageinvestitionen)			
Österreich	0,5	0,3	4,5
Schweiz			10,5
Sekundärmarktrendite (in %)			
Österreich	7,4	9,1	8,7
BRD	8,2	8,6	8,9

Quellen: OECD, WIFO-Datenbank

Die internationale Verflechtung der österreichischen Arbeitsmärkte stieg kontinuierlich an. Während 1970 erst 4,7 Prozent der unselbständig Beschäftigten Ausländer waren, stieg dieser Prozentsatz bis 1980 auf 6,3 Prozent und erreichte 1990 mit 7,4 Prozent einen neuen Rekordwert. Die Angebotselastizität des Arbeitsmarktes konzentrierte sich zusehends auf den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Eine Zunahme der Arbeitskräftenachfrage aufgrund einer Steigerung der inländischen wirtschaftlichen Aktivität wurde zu einem steigenden Teil durch Ausländer gedeckt.

Der Zuwachs unselbständiger Beschäftigter zwischen 1970 und 1980 von 399.500 wurde nur zu 15,8 Prozent durch eine Zunahme der ausländischen Beschäftigten gedeckt. Zwischen 1980 und 1990 waren von den 140.100 zusätzlich Beschäftigten bereits 26 Prozent Ausländer.

Während die Außenhandelsquote in Österreich und den europäischen OECD-Ländern zwischen 1980 und 1990 nur mehr wenig zunahm bzw. stagnierte, kam es zu einer explosionsartigen Zunahme der internationalen Verflechtung der Kapitalmärkte. Zwischen 1970 und 1980 stieg die Quote der langfristigen Kapitalverkehrsbewegungen zwischen Österreich und dem Ausland um 9,8 Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts. Zwischen 1980 und 1990 stieg die langfristige Kapitalverkehrsquote um weitere 18,4 Prozent an. Dieser Anstieg war beinahe doppelt so schnell wie in den siebziger Jahren. Eine ähnliche Entwicklung ergab sich auch in anderen europäischen OECD-Ländern.

Eine logische Konsequenz der internationalen Kapitalverflechtung war die zunehmende Angleichung der Zinssätze (14). Während 1970 die langfristigen Zinssätze noch um beinahe einen ganzen Prozentpunkt unter den deutschen Werten liegen konnten, mußte 1980 ein positives Zinsdifferential in Kauf genommen werden. 1990 war dieses bereits wieder verschwunden, und die österreichischen und deutschen Zinsen unterscheiden sich in etwa im selben Ausmaß wie innerhalb derselben Währung aufgrund von unterschiedlichen Laufzeiten, Emittenten und anderen Wertpapiercharakteristika.

Während österreichische Direktinvestitionen im Ausland bis Mitte der achtziger Jahre keine Rolle spielten, war seither zuerst durch die allgemeinen Internationalisierungstendenzen, speziell aber durch die Ostöffnung, eine dramatische Zunahme der österreichischen Direktinvestitionen im Ausland zu beobachten (15). Österreichische Unternehmen beginnen zunehmend die Standortfrage in ihre Überlegungen miteinzubeziehen. Bereits 1990 erreichten die österreichischen Direktinvestitionen etwa die Hälfte des Anteils an den Ausrüstungsinvestitionen, der in der traditionell außenorientierten Schweiz zu beobachten war. Seither hat sich diese Tendenz noch weiter verstärkt.

Die zunehmende Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft hat mehrere für die Wirtschaftspolitik wichtige Konsequenzen:

- (a) *Die Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Makro-Steuerung der Wirtschaft werden eingeschränkt* (16). Der Multiplikator wird kleiner, weil ein immer größerer Teil der vom Staat geschaffenen Nachfrage durch Importe gedeckt wird. Die Verflechtung der Kapitalmärkte verbietet von vornherein jeden zinspolitischen Alleingang.
- (b) *Die Notwendigkeit für konjunkturpolitische Eingriffe zur Feinsteuerung wird geringer.* Die zunehmende internationale Verflechtung führt zu einer breiteren Basis für die heimische wirtschaftliche Tätigkeit. Die Möglichkeiten zur „Schock-Absorption“ sind in einem integrierten System größer.
- (c) *Die Möglichkeiten zur direkten Stabilisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung verschwinden zusehends.* Einkommens- und Vermögensverteilung lassen sich nur stabilisieren, solange die von diesem Prozeß benachteiligten wirtschaftlichen Einheiten immobil sind. Davon kann nach der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs für Vermögen keine Rede mehr sein. Selbst

die Barrieren für qualifizierte österreichische Arbeitskräfte sinken, und die Ostöffnung setzt den unqualifizierten Teil des heimischen Arbeitskräftepotentials unter Druck. Damit gewinnt die klassische Sozialpolitik wieder an Bedeutung.

- (d) *Der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf entsteht (abgesehen von der Wahrung der Preisstabilität) vor allem auf der regulativen Mikroebene.* Der Bedarf an Einrichtungen zur Überwachung der Einhaltung der Spielregeln wird in einer internationalisierten und daher notwendigerweise anonymisierten Wirtschaft größer. Insbesondere an den Konsumenten- und Arbeitnehmerschutz werden neue Anforderungen gestellt.

2.3. Ökologisierung

Bereits in den siebziger Jahren kam es zu einer stärkeren Verankerung von umweltbezogenen Ansprüchen und Forderungen in Österreich. Die Ökologiebewegung fand vor allem im Bericht des Club of Rome eine erste theoretische Fundierung. Wirtschaftswachstum wurde als zu simples quantitatives Ziel diskreditiert. Die Sorge galt vor allem einer Erschöpfung der natürlichen Rohstoffe und Energiequellen durch die exzessiven Ansprüche der Konsumenten in den Industrieländern.

Der erste spektakuläre Erfolg dieser Bewegung war die Ablehnung der Nutzung der Kernenergie zur Elektrizitätsgewinnung in Österreich. In weiterer Folge erstreckte sich der Widerstand gegen Großprojekte aller Art, wobei vor allem Wasserkraftwerke (Dorfertal, Hainburg) als Quelle für Umweltzerstörung ausgewählt wurden. Außerdem kam es auch zu einer stärkeren Beeinspruchung von Betriebsanlagen.

Generell konnte in den achtziger Jahren nicht mehr damit gerechnet werden, daß Wirtschaftswachstum generell positiv gesehen wird. Das Schlagwort vom qualitativen Wachstum gewann zusehends Beachtung. Darin kam auch ein steigendes Mißtrauen gegenüber der Marktwirtschaft zum Ausdruck. Es wird immer mehr bezweifelt, daß egoistisches Nutzenstreben und Profitgier die Grundlage für Prozesse sein können, die zu relativen Preisen führen, die den Knappheiten begrenzt vorhandener Ressourcen Rechnung tragen.

Damit haben sich schwerwiegende Änderungen der Rahmenbedingungen für die Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren ergeben. Die geänderten Präferenzen der Bevölkerung gewichten das materielle Wachstum weniger stark und betonen zunehmend nicht wirtschaftliche Werte (17). Damit wird jeder Wachstumspolitik nicht mehr ohne weiteres Gefolgschaft geleistet. Es gibt keine eindeutigen Stimmungen der Bevölkerung mehr, die von der Politik aufgegriffen und popularitätssteigernd in die Tat umgesetzt werden können. Die Wirtschaftspolitik ist mit der unangenehmen Situation konfrontiert, daß jede Maßnahme hinreichend viele Gegner findet, so daß ihre Durchführung hinausgezögert, erschwert bis verhindert werden kann.

Der technische Fortschritt und die zunehmende Internationalisierung von Wirtschaft und Politik verstärken den Prozeß der Spezialisierung und Arbeitsteilung.

Mit der Ausdifferenzierung der Wirtschaft steigt die Komplexität der Gesellschaft gleichermaßen. Während der wahrnehmbare Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und den individuellen Einkommen immer schwächer wird, steigt auf der anderen Seite die Forderungsbereitschaft gegenüber der Politik (18). Diese Diskrepanz ist mit einer makroökonomischen Wirtschaftspolitik nicht mehr zu bewältigen. Insbesondere stoßen Maßnahmen, die lediglich der allgemeinen Finanzierbarkeit der Staatsausgaben (mit oder ohne Zweckbindung) dienen, auf immer weniger Verständnis.

Die Internationalisierung vergrößert die Möglichkeiten heimischer Konsumenten oder Produzenten ohne direkte Mitwirkung der Politik. Wirtschaftspolitische Handlungen werden daher mit weniger Anteilnahme verfolgt bzw. immer öfter dahingehend analysiert, wie man ihnen am besten (z. B. durch eine Standort- oder Konsumverlagerung ins Ausland) ausweichen könne. Aktive wirtschaftspolitische Handlungen werden immer weniger mit einer potentiellen Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage (des Konsumenten oder Produzenten) in Verbindung gebracht. Die Nutznießer erfolgreicher wirtschaftspolitischer Handlungen sind in immer geringer werdendem Ausmaß auch wahlberechtigt. Expansive Maßnahmen verpuffen entweder in Form von Importen, oder das, was im Inland an Beschäftigungseffekten realisiert werden kann, wird wegen der niedrigen Reservationslöhne von ausländischen Arbeitskräften genutzt (19).

Die gestiegene Internationalisierung der Güter, Arbeits- und Kapitalmärkte bewirkt eine Abstumpfung der wirtschaftspolitischen Instrumente. Wirtschaftspolitik wird in den achtziger Jahren als weniger gewünscht, zweckmäßig und wirksam angesehen.

3. Die wirtschaftspolitische Praxis der achtziger Jahre

Die achtziger Jahre standen international unter dem Eindruck des Rückzugs aus der Makropolitik und der Dominanz mikroökonomischer Probleme. Die Wahlsiege von Reagan und Thatcher verhalfen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zum Durchbruch. Das dominierende wirtschaftspolitische Ziel war die Zurückdrängung des Staates aus der Wirtschaft.

In Österreich wurde die geldpolitische Abstinenz weiter gepflegt. Der Geldpolitik waren durch die währungspolitische Festlegung die Hände gebunden. Die Erfahrungen mit der kurzlebigen Einführung der Zinsertragssteuer demonstrierten unmißverständlich die Konsequenzen der internationalen Kapitalmobilität. Der Zinssatz für steuerpflichtige langfristige festverzinsliche Wertpapiere stieg ziemlich genau um den Betrag, den die Zinsertragssteuer ausmachte. Nach Steuer blieb der Zinssatz unverändert.

Die währungspolitischen Weichenstellungen erfolgten in Österreich bereits Ende der siebziger Jahre, als trotz massiver Leistungsbilanzprobleme an der eingeschlagenen Hartwährungspolitik festgehalten wurde. In den achtziger Jahren erfolgte eine glaubwürdige Verfestigung der Bindung des Schilling an die DM (20). Während die Währungspolitik in den achtziger Jahren mehr Kontinuität brachte, wurde die wirtschaftspolitische Praxis ab Mitte der achtziger Jahre durch den

budgetpolitischen Kurswechsel der Koalitionsregierung und die Krise der verstaatlichten Industrie geprägt. Erstere leitete die fortdauernde Budgetkonsolidierung und letztere die ebenfalls andauernde Privatisierung ein. Andere Entscheidungen wurden aus verschiedenen Gründen aufgeschoben.

3.1. Budgetkonsolidierung

Die neue Koalitionsregierung begann ihre Arbeit 1986 mit der Festlegung auf die Budgetkonsolidierung (21). Damit war neben der Geldpolitik auch die Fiskalpolitik einer konjunkturellen Feinsteuerung entzogen. Diese Maßnahme wurde in einer konjunkturell schwierigen Situation getroffen. Seit Einsetzen des zweiten Ölpreisschocks und dem nachfolgenden Zinsenanstieg blieb das Wachstum in Europa schwach. Auch die Ölpreisreduktionen 1986 konnten daran nichts ändern. Das Schlagwort von der Eurosklerose wurde häufig gebraucht. Darüber hinaus war in Österreich ein Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik eingebrochen. Die verstaatlichte Industrie befand sich in einer schweren Krise und mußte mit hohen Stützungen aus dem Budget bilanzierungsfähig gehalten werden. Es hätte also genug Anlässe gegeben, um eine restriktive Budgetpolitik zu vermeiden (22).

Die Vorgaben des Koalitionsübereinkommens zur Budgetkonsolidierung sind im wesentlichen eingehalten worden, wenn auch für die letzte Etappe eine „Fristverlängerung“ eingeräumt werden mußte. Die Aufgabe der Begrenzung des Anstieges der Staatsschuldenquote war nicht einfach, und ihre Bewältigung kann ohne weiteres als ein Erfolg der Koalitionsregierung angesehen werden.

Zur Reduktion des primären Defizits (Nettodefizit minus Zinszahlungen) haben auch die gute Konjunktur zwischen 1988 und 1991, die Erlöse aus der Privatisierung und eine Zurückhaltung bei der Finanzierung öffentlicher Investitionen beigetragen. Auf der anderen Seite hat der Zinsenanstieg im Zuge der deutschen Einigung das Bundesbudget seit 1991 jährlich mit etwa einem halben Prozentpunkt (vom nominellen Bruttoinlandsprodukt) belastet. Durch den hohen Bestand an Staatsschulden (beinahe 50 Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts) führt jede Erhöhung der Finanzierungskosten um einen Prozentpunkt zu einer Erhöhung der Nettodefizitquote von 0,5 Prozentpunkten. Dies entspricht in etwa dem gesamten Konsolidierungsaufwand (= Verringerung der Nettodefizitquote) für ein Jahr.

Innerösterreichisch budgetbelastend wirkten vor allem die eingeschränkten Möglichkeiten zur Begrenzung des öffentlichen Personalaufwandes und die großzügige Steuerreform 1989.

Trotzdem ist es seit 1988 gelungen, die Staatsschuldenquote zu stabilisieren. Das primäre Defizit (Nettodefizit ohne Zinszahlungen) ist seit 1990 ausgeglichen. Der aktuelle Schuldenzuwachs des Staates entspricht daher nur mehr dem Zinsendienst für in der Vergangenheit eingegangene Defizite. Zur Zeit müssen die Fiskalpolitiker die Finanzierungskosten der vergangenen Defizite übernehmen, ohne die Möglichkeit zu haben, weitere Ausgaben über das Niveau laufender Einnahmen hinaus tätigen zu können. Neue Ausgaben und Aufgaben können

daher zur Zeit durch den Bund nur mehr in dem Ausmaß übernommen werden, als zusätzliche Ausgaben zur Verfügung stehen. Mit der Abkehr von expansiven Budgetdefiziten hat der Austro-Keynesianismus seine wichtigste Waffe verloren (23).

3.2. Privatisierung

Die Privatisierungen waren ursprünglich weniger ein Mittel zur Erfüllung der Ziele der Budgetkonsolidierung, sondern sollten im Bereich der verstaatlichten Industrie, der Energiewirtschaft und im öffentlichen Sektor zu mehr Effizienz und Kostenbewußtsein führen.

Dieser Anspruch ist eindeutig verfehlt worden. Die Privatisierungserlöse stammen aus Bereichen, die auch bisher durch eine solide Betriebsführung gekennzeichnet waren (Verbund, ÖMV, AUA). Ein erkennbarer Zusammenhang zwischen einer Änderung der Geschäftsführung und den durchgeführten Privatisierungen ist allenfalls noch für das ehemalige Hauptmünzamt erkennbar.

Besonders unerfreulich ist der Mißerfolg der Privatisierung im engeren Bereich der verstaatlichten Industrie. Durch den Rückzug der Politik aus diesem Bereich ist ein Vakuum entstanden, das dringend nach einem strategischen Eigentümer verlangt hätte. Seit dem Bekanntwerden der Spekulationsverluste der VOEST und Chemie Linz Mitte der achtziger Jahre verzichteten die Eigentümervertreter der verstaatlichten Industrie auf die Wahrnehmung der Steuerungsfunktion durch den Eigentümer.

Damit ist das aktive Element der Wirtschaftspolitik auf Betriebsebene in den achtziger Jahren abhanden gekommen. Weder wäre eine vom privaten Sektor abweichende (beschäftigungssteigernde) Betriebsführung denkbar, noch gibt es den unmittelbaren politischen Durchgriffswillen auf die verstaatlichte Industrie. 1992 ist die weitere Vorgangsweise der Privatisierung der Austrian Industries unklar. Während das Ziel der Konstruktion eines international tätigen Mischkonzerns als Flaggschiff der österreichischen Industrie angesichts der neuerlichen Milliardenverluste einzelner Tochterfirmen und der Flaute an der Wiener Börse endgültig aufgegeben wurde, ist die alternative Vorgangsweise noch nicht geklärt.

3.3. Abwarten

Der glücklose Bundeskanzler Sinowatz prägte im Zusammenhang mit den Vorgängen um den Baubeginn für das Donaukraftwerk Hainburg die historische Einschätzung der Situation als kompliziert. Deshalb bleibe das Abwarten als einzige durchsetzbare politische Entscheidung übrig. Diese Diagnose mit darauffolgender therapeutischer Abstinenz wurde kontemporär entweder belächelt oder als Entscheidungsschwäche gedeutet. Im nachhinein erscheint aber auch eine rationale Begründung formulierbar. Wenn die Veränderungen der Rahmenbedingungen sehr groß, die Auswirkungen einer (meist irreversiblen) Entscheidung zuwenig bekannt und die Präferenzen der Bevölkerung entweder zu flach (mit keiner wie immer gearteten Entscheidung ist viel Staat zu machen) oder mehrgipfelig (mit jeder Entscheidung erwachsen den politisch Verantwortlichen pro-

hibitiv viele Gegner) sind, so kann die Verschiebung der Entscheidung in einer heiklen Angelegenheit vorteilhaft sein.

Von dieser Möglichkeit wurde von der Wirtschaftspolitik der achtziger Jahre häufig Gebrauch gemacht. Eine besonders lange Vorlaufzeit ist bei der Entscheidung über Fragen der Pensionsreform, Energieinvestitionen, Privatisierung, Verkehrsinfrastruktur, Ladenöffnungszeiten und der Durchführung weiterer „unbequemer“ Reformen im Gesundheitswesen sowie an den Universitäten und anderen öffentlichen Diensten zu beobachten.

Zunehmend wandelte sich auch die Stärke der österreichischen Nachkriegspolitik, die Problemlösungskapazität der Sozialpartner, denen noch zu Beginn der achtziger Jahre Allmachtsstreben und mangelndes Demokratieverständnis vorgeworfen wurde und die sich heute eher dem Vorwurf mangelnder Durchsetzungsfähigkeit ausgesetzt sehen, durch die Entfernung von den durchsetzbaren politischen Präferenzen der Bevölkerung zu einem Problem. Die Lähmung der Politik war auch eine direkte Folge des geringer werdenden Durchgriffs der Sozialpartner auf die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder. Während in den siebziger Jahren die Lösung von Problemen daran scheitern konnte, daß sich die Sozialpartner nicht einigten, war die sozialpartnerschaftliche Einigung in den achtziger Jahren keine Garantie mehr dafür, daß die angestrebte Lösung tatsächlich in die Tat umgesetzt werden konnte.

Auch dem formellen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft gingen lange Auseinandersetzungen um teils formale (Absender und Überbringer des Briefes) und inhaltliche (Neutralität) Fragen voraus. In diesem Zusammenhang ist zwar die Vorreiterrolle Österreichs innerhalb der EFTA zu bewundern. Andererseits konnten Schweden und Finnland nach dem Zerfall der Strukturen des kalten Krieges bereits auf eine Erwähnung ihrer spezifischen Neutralitätsinterpretation in ihrem Beitrittsansuchen verzichten.

Die wirtschaftspolitische Praxis der achtziger Jahre hat zu einer zusätzlichen Bindung der wirtschaftspolitischen Instrumente geführt. Nach der Geldpolitik wurde auch die Fiskalpolitik durch die Politik der Budgetkonsolidierung der diskretionären Einsetzbarkeit entzogen. Die Fiskalpolitik wollte und konnte nicht mehr für jedes private Defizit einspringen. Die Budgetkonsolidierung zwingt zum Abwarten, ob nicht das eine oder andere Problem von allein verschwindet.

Die angestrebte Privatisierung machte es nicht mehr weiter möglich, Beschäftigungspolitik durch unmittelbare Einflußnahme auf verstaatlichte Industrieunternehmen zu machen. Ohne staats eigene Unternehmen muß man daher abwarten, ob nicht auch ein privates Unternehmen (aus eigennützigem Profitinteresse) ein bestimmtes Angebot auf den Markt bringt bzw. in einer bestimmten Region Arbeitsplätze und Einkommen schafft.

Schließlich führte die zunehmende Polarisierung gesellschaftlicher Interessen zu einer Verschiebung von Entscheidungen, gegen die nennenswerter Widerstand erwartet wurde, auf die lange Bank.

Die Verschiebung von Entscheidungen hat allerdings nicht nur Nachteile, sondern kann auch möglicherweise irreversible Irrtümer vermeiden helfen. Die zögernde Einstellung der Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren sollte daher auch nicht ausschließlich negativ beurteilt werden.

4. Die wirtschaftspolitische Zukunft der neunziger Jahre

Trotz der unterschiedlichen Interventionsfreude der Wirtschaftspolitik ist die österreichische Wirtschaft sowohl Ende der siebziger Jahre als auch Ende der achtziger Jahre mit einem beachtlichen Wachstumsvorsprung gegenüber den europäischen OECD-Ländern in das nächste Jahrzehnt gegangen. Die wirtschaftspolitische Zukunft der neunziger Jahre wird für Österreich durch die Bewältigung der integrationspolitischen Vorgaben in Europa liegen.

Die damit verbundenen Änderungen der Rahmenbedingungen sind ganz unterschiedlicher Natur. Während die weitere Fortsetzung der Westintegration ganz auf der Linie der österreichischen Nachkriegstradition der Außen- und Handelspolitik liegt (24), stellt die Ostöffnung den weitreichendsten externen Schock für die österreichische Wirtschaft seit dem Abschluß des Staatsvertrages und der damit erlangten vollen politischen und wirtschaftlichen Souveränität dar.

Das besonders Unterscheidende zwischen Ost- und Westintegration ist die unterschiedliche Wirkung auf die sensible Einkommens- und Vermögensverteilung. Während durch die Westintegration keine wesentlichen Änderungen der Einkommensverteilung zu erwarten sind, wird die Ostöffnung eine weitgehende Änderung der persönlichen und auch funktionalen Einkommensverteilung mit sich bringen.

Der Klang der österreichischen Begleitmusik zur europäischen Integration wird daher nur dann ein philharmonisches Vergnügen verschaffen, wenn die Verteilungsfragen gelöst werden können. Diese Anforderung stellt einen Bruch mit der österreichischen Nachkriegstradition dar, die ja gerade durch den Verzicht auf Maßnahmen zur Einkommens- und Vermögensumverteilung geprägt war.

Wegen der weiter fortschreitenden Internationalisierung wird die Wirtschaftspolitik immer weniger dazu geeignet sein, die Einkommensverteilung zu stabilisieren. Es wird daher notwendig sein, den klassischen Aufgaben der Sozialpolitik auch unter dem Blickwinkel mehr Beachtung zu schenken, daß es in Zukunft keine Wirtschaftspolitik im Dienste der Sozialpolitik mehr geben wird.

4.1. Westintegration

Österreich hat beschlossen, am EWR teilzunehmen. Noch bevor dieser in Kraft treten wird (25) werden Verhandlungen mit der EG über den österreichischen Beitrittsantrag aufgenommen.

Österreich kann den Verhandlungen gelassen entgegensehen. Es wäre bereits seit einiger Zeit eines der wenigen Länder des EWR, die ohne schwierige (26) Probleme die Bedingungen für die Teilnahme an einer europäischen Währungsunion erfüllt.

Österreich kann nicht nur als Nutznießer und Trittbrettfahrer eines europäischen Integrationsprozesses gesehen werden, sondern hat auch einiges anzubieten.

Noch ist nicht ganz klar, welche Gestalt Europa annehmen wird. Zur Auswahl steht ein Spektrum mehr oder weniger weitgehender integrationspolitischer Al-

ternativen, die vom Zollverein mit beschränkter Haftung bis zu den Vereinigten Staaten von Europa reichen.

Die Intentionen der EG-Bürokratie geben eindeutig der Vertiefung gegenüber der Erweiterung den Vorzug. Sowohl die Konzeption der Vollendung des Binnenmarktes als auch die Logik der Verträge von Maastricht spiegeln die Fachkompetenz der Brüsseler Spitzenbeamten wider. Diese Präferenzordnung scheint aber seit dem Nein Dänemarks zu den Verträgen von Maastricht ins Wanken zu geraten. Das Aushandeln neuer Kompromisse macht zusätzliche Transfers notwendig, die eher den Bedarf an neuen Nettozahlern erhöhen.

Die besondere Herausforderung für die österreichische Wirtschaftspolitik besteht weniger in der (bereits getroffenen) Entscheidung über den Beitritt oder das Draußenbleiben. Mit der Mitarbeit am Zustandekommen des EWR und dem Entschluß, das Beitrittsansuchen in Brüssel abzugeben, ist Österreich den Prinzipien der eigenen Wirtschafts- und Außenpolitik seit dem Kriegsende und der Wiedererlangung der vollen Souveränität mit dem Staatsvertrag gefolgt. Der einfache Vergleich mit dem Ergebnis der protektionistischen Handelspolitik der Zwischenkriegszeit reichte bei weitem, um klarzumachen, daß eine Teilnahme am Prozeß der europäischen wirtschaftlichen Integration und politischen Absprache ohne Aufgabe der Neutralität mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt.

Neuere Untersuchungen zeigen, daß die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung und die Investitionsquote die wichtigsten Quellen von Wirtschaftswachstum sind. Die weiteren Schritte der europäischen Integration zielen darauf ab, die Wettbewerbsnachteile der unterschiedlichen länderspezifischen Marktordnungen und Zutrittsbeschränkungen zu beseitigen. Dem politischen Geschick in Österreich und Europa wird es vorbehalten bleiben, deutlich zu machen, daß dies eine Befreiung von unnützen Lasten und keine Zwangsbe-glückung darstellt.

Die wirtschaftliche und politische Orientierung Österreichs lag seit 1955 eindeutig im Westen. Ein EG-Beitritt Österreichs ist daher die logische Antwort auf eine stärkere Integration (Vertiefung) der EG, die nicht mehr mit Assoziationsverträgen nachzuvollziehen ist.

Die besonderen Herausforderungen, die damit verbunden sind, bestehen vor allem in der Vorbereitung auf die Teilnahme an Entscheidungen von globaler Bedeutung. Ein integriertes Europa wird eines der drei wirtschaftlichen und damit auf längere Sicht auch politischen Zentren sein. Der EG-Beitritt differenziert zwar zwischen Mitwirken und Hinnehmen, der damit verbundene Wohlfahrtsunterschied hängt aber auch damit zusammen, welche subjektive Bedeutung der Verlust der Beteiligung an der Entscheidungsfindung in Europa hat.

4.2. Ostöffnung

Die Ostöffnung hat zu weitgehendsten Änderungen der Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit der Erlangung der vollen Souveränität im Jahr 1955 geführt (27). Obwohl der Zusammenbruch des Kommunismus als politisches System und der zentralistischen Planung als Wirtschaftssystem globale Dimensionen aufweist, ergeben sich durch die spezifische

geographische Lage und die historischen Beziehungen spezifisch österreichische Besonderheiten.

Die Ostöffnung hat zur Folge, daß wirtschaftliche Regionen mit extrem unterschiedlicher Ausstattung mit Produktionsmitteln freien Handel miteinander treiben können. In Österreich leben im europäischen Vergleich im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Menschen innerhalb einer Tagesreiseentfernung von der ehemaligen toten Grenze entfernt. Österreich ist daher im Vergleich mit anderen europäischen OECD-Ländern (abgesehen vom Sonderfall Deutschland) den Konsequenzen der Ostöffnung überproportional ausgesetzt.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ostöffnung werden überwiegend positiv gesehen (28). Im Durchschnitt hat die Ostöffnung zu einer Belebung der österreichischen Wirtschaft beigetragen und den Boom über den international bereits 1989 erreichten Höhepunkt hinaus verlängert. Im Detail ergeben sich jedoch einige strukturelle Änderungen, die zum Teil bestehende Ungleichgewichte abbauen, andere aber verstärken.

Die wirtschaftliche Dynamik im Zusammenhang mit der Ostöffnung hat das traditionelle Ost-West-Gefälle in Österreich weitgehend eliminiert. Die gewohnte Wachstumsschwäche der Ostregion war 1992/93 im zu Ende gehenden Konjunkturzyklus nicht mehr zu beobachten. Nach siebzig Jahren der Schrumpfung wächst die Bevölkerung in Wien wieder und die Stadtplanung beginnt sich mit dem Konzept der „Metropole Wien“ auseinanderzusetzen.

Die traditionellen Konzepte der Regionalpolitik, die zu einem großen Teil mit der Kompensation des Ost-West-Gefälles (Grenzlandförderung) beschäftigt waren, müssen daher auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Österreichische Firmen haben durch die Ostöffnung neue Möglichkeiten zur Standortoptimierung ihrer Produktion erhalten. Durch ganz unterschiedliche Faktorentlohnungsrelationen in der unmittelbaren Nachbarschaft ergeben sich Perspektiven, die vorher nur bei Einbeziehung weit entfernter Standorte wie Indien und China realistisch waren. Damit ergibt sich auf der einen Seite neben dem immer vorhandenen Druck zur Strukturanpassung in einem Land mit relativ hohen Löhnen und Sozialleistungen auch eine realistische Möglichkeit, diese nach eigenen Vorstellungen und innerhalb der eigenen Nachbarschaft durchzuführen.

Dieser Prozeß der verstärkten Internationalisierung der Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte im Zuge der Ostöffnung wird weitreichende Änderungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung nach sich ziehen. Diese Vorgänge bringen gerade für Österreich, dessen internationale Integration sich im wesentlichen auf die europäischen OECD-Länder (mit ähnlichen Lohn- und Sozialstrukturen) konzentriert hatte, neue Erfahrungen mit sich.

4.3. Von der Peripherie ins Zentrum

Die österreichische Nachkriegsentwicklung war erfolgreich, weil es die österreichische Wirtschaftspolitik verstand, die komparativen Besonderheiten Österreichs offensiv zu nutzen. Dazu gehörten die besonders hohe soziale und politi-

sche Stabilität, kalkulierbare Lohnkostenentwicklungen und gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte.

Charakteristisch für die vierzig vergangenen Jahre der österreichischen Wirtschaftsentwicklung bis 1990 war die Dominanz der Auslandsinvestitionen in Österreich. Bis zur Ostöffnung war Österreich ein traditioneller Konkurrent um Produktionsstandorte multinationaler Konzerne, die zwischen Irland, Spanien und Süditalien nach Alternativen suchen können.

Die geschlossenen Grenzen im Osten ermöglichten eine beschauliche Entwicklung. Damit ist es seit der Ostöffnung vorbei. Der Wegfall des eisernen Vorhanges beendete die künstliche Randlage Österreichs und brachte die geographische und realwirtschaftliche Lage wieder in Deckung.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes in Österreich seit den siebziger Jahren ist tiefgreifend und durch ein geändertes Verständnis der Interaktion zwischen staatlicher Wirtschaftspolitik und privater Wirtschaft gekennzeichnet. Während die siebziger Jahre dominiert waren durch Maßnahmen, die, ausgehend von der Fiskalpolitik, mit einem unmittelbaren staatlichen Eingriff auf wirtschaftliche Abläufe verbunden waren, so waren die achtziger Jahre bereits durch eine regelgebundene Politik gekennzeichnet. Der Staat sorgte durch die Budgetkonsolidierung und die Hartwährungspolitik für stabile Rahmenbedingungen, die von den privaten Wirtschaftseinheiten nach eigenen Gesichtspunkten genutzt und ausgefüllt werden konnten.

Die schwierigen Herausforderungen der neunziger Jahre können in Österreich auf einer soliden materiellen Grundlage angegangen werden.

In den siebziger Jahren war die österreichische Wirtschaft auf der Überholspur. In den achtziger Jahren konnte eine Konsolidierung auf dem erreichten hohen Niveau herbeigeführt werden. Die neunziger Jahre könnten wieder mit einer besseren Bewältigung wirtschaftlicher Krisen in Österreich verbunden sein.

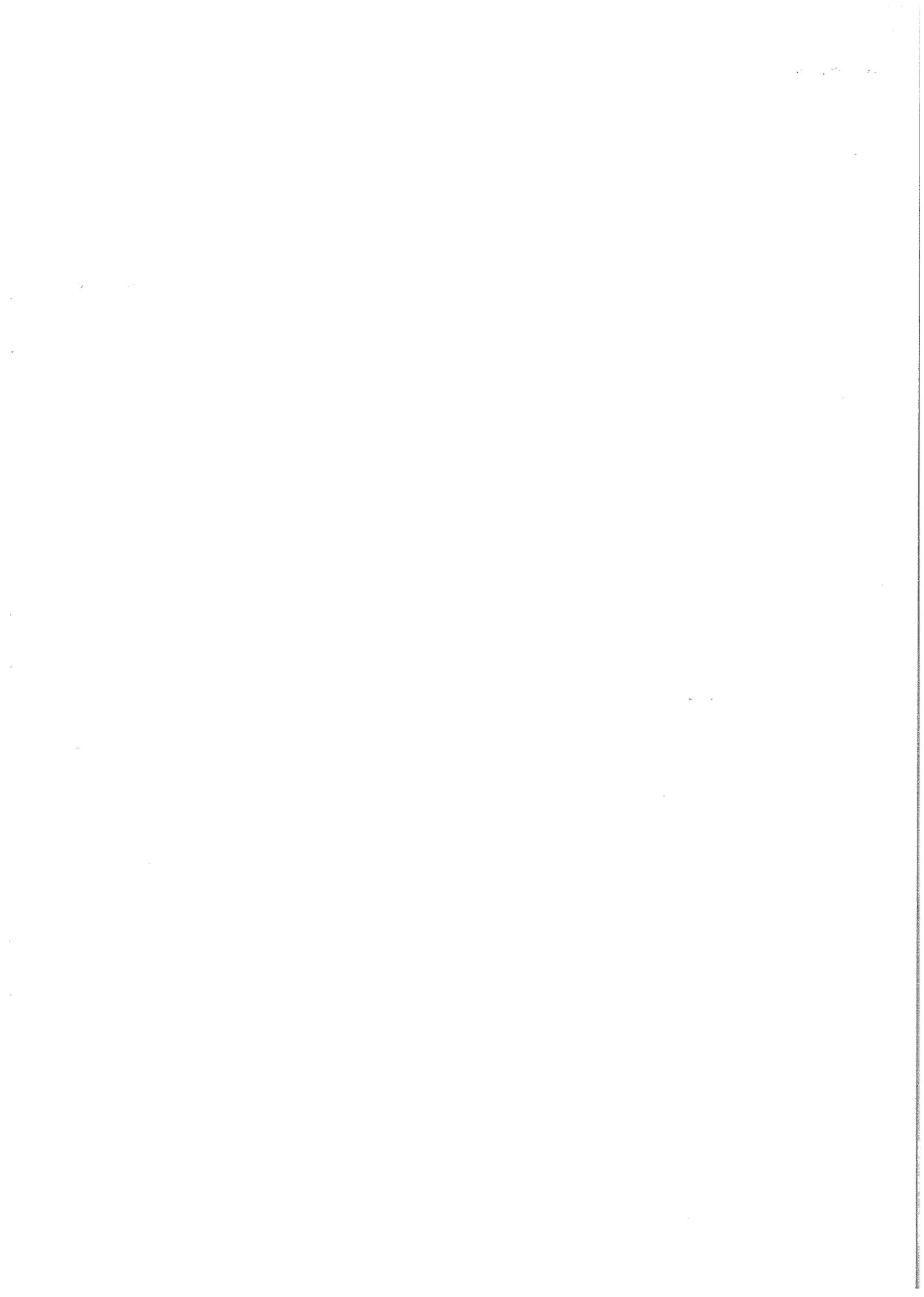
Anmerkungen

- (1) Die Wahlen Anfang der siebziger Jahre brachten zuerst den Sturz der ÖVP – Alleinregierung und schließlich die absolute Mehrheit der SPÖ, die 12 Jahre die Alleinregierung stellen konnte.
- (2) Mitentscheidend für die Wahlniederlage der ÖVP 1970 war neben dem unbeliebten Belastungspaket (z. B. die Sonderabgabe auf Kraftfahrzeuge) des Finanzministers Stephan Koren auch die Erinnerung an die sinngemäße Aussage des Handelsministers Mitterer, wonach eine Arbeitslosenrate unter 3 Prozent zur Verschlechterung der Arbeitsmoral führe. Die Wähler brachten damit klar zum Ausdruck, daß sie von der antizyklischen Fiskalpolitik nur den expansiven Teil wünschten und Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsmittel am Arbeitsmarkt für überflüssig hielten.
- (3) Bundeskanzler Bruno Kreisky konnte in der Fernsehdiskussion mit Josef Taus vor den Wahlen 1979 damit punkten, daß er dessen positive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Österreich zitierte.
- (4) Dazu gibt es eine Umfrage, die Ende der siebziger Jahre durchgeführt wurde und von Pommeröhne, Schneider, Frey (1983) veröffentlicht wurde.

- (5) Dieser Begriff ist insbesondere mit den Beiträgen von Hans Seidel verbunden. Er war sein ganzes Berufsleben ein begeisterter Wirtschaftsforscher und seit den siebziger Jahren entscheidend an der Formulierung und Durchführung der Wirtschaftspolitik in Österreich beteiligt. Er war bis 1981 Direktor des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 1981–1983 Staatssekretär im Finanzministerium, 1985–1990 Direktor des Institutes für Höhere Studien. Siehe dazu Breuss (1987) und Mitter, Wörgötter (1989).
- (6) Dazu gehörten neben den Investitionsbegünstigungen vor allem die Aufwendungen zur Subventionierung von Niederlassungen multinationaler Konzerne.
- (7) Siehe Itzlinger, Kerschbamer, Van der Bellen (1989).
- (8) Siehe dazu Nowotny (1982).
- (9) Siehe dazu Butschek (1982).
- (10) Das klassische Zitat von Kreisky in diesem Zusammenhang besagt sinngemäß, daß einige Milliarden mehr an Staatsschulden weniger besorgniserregend seien als hunderttausend Arbeitslose mehr.
- (11) *The Economist* hat Österreich als ein „*Small House in Order*“ beschrieben. Ein kleines Land, das trotz einer belasteten Vergangenheit den Weg zu Demokratie und Wohlstand gefunden hat und den weltwirtschaftlichen Rezessionen trotz, konnte mit weltweiter Sympathie rechnen.
- (12) Der österreichische Weg war im Ausland wegen der ausgeprägt lokalen institutionellen Details nicht immer leicht zu erklären. Ende der siebziger Jahre fand sich trotzdem eine breite internationale Aufmerksamkeit, die unter anderem zu einer Konferenz im Herbst 1981 am American Enterprise Institute in Washington führte. Die Beiträge wurden von S. W. Arndt (1982) veröffentlicht.
- (13) Siehe dazu Wörgötter (1992a).
- (14) Siehe dazu Wörgötter (1992b). Während in den siebziger Jahren die Anpassung der österreichischen Zinssätze noch durch Kapitalbewegungen „erzwungen“ werden mußte, war in den achtziger Jahren bereits eine unmittelbare Anpassung der kurzfristigen Zinssätze ohne statistisch signifikante Beziehung zwischen Zinsdifferenzialen und Kapitalbewegungen festzustellen.
- (15) Siehe dazu Bruckbauer (1992).
- (16) Siehe dazu Köppl, Wörgötter (1991).
- (17) Eine ähnliche Auffassung vertreten auch Hackl, Schneider (1992).
- (18) Dazu trägt insbesondere auch die mit zunehmenden Einkommen steigende Präferenz für konsumierbare öffentliche Güter bei. Siehe dazu auch Wörgötter (1985).
- (19) Während die Inländerbeschäftigung zwischen 1988 und 1991 nur um 2,7 Prozent zunahm, stieg die Ausländerbeschäftigung um 76,6 Prozent.
- (20) Siehe dazu Hochreiter, Winckler (1992).
- (21) Siehe dazu die Regierungserklärung vom 28. 1. 1987, die detaillierte zeitliche und quantitative Vorgaben zur Beschränkung der Neuverschuldung des Bundes vorsah.
- (22) Siehe dazu Seidel (1992). Seidel bringt die Sanierungsvorgabe des Koalitionsübereinkommens 1987 mit dem Ende des Keynesianismus in Österreich in Zusammenhang. Trotz mittelfristig eher gedämpfter (wenn auch im nachhinein falscher) Konjunkturprognosen entschloß sich die Bundesregierung, dem stetigen Anstieg der Staatsschuldenquote ein Ende zu setzen.
- (23) Siehe dazu Hackl, Schneider (1992) 25.
- (24) Siehe dazu Breuss (1983).
- (25) Für diese Verzögerung ist – wie bereits während der Tagung von Silvio Borner richtig vorausgesehen – die Ablehnung des EWR durch die Schweizer Bevölkerung verantwortlich.
- (26) Zur Zeit der Abfassung dieses Beitrages Anfang 1993 verstieß Österreich wegen der hartnäckigen Inflation gegen die Maastricht-Kriterien.
- (27) Der Beirat hat die Bedeutung der Ostöffnung früh erkannt und bereits 1991 eine eigene Arbeitsgruppe mit dieser Frage beschäftigt. Ende 1992 konnte der ausführliche Bericht vorgelegt und publiziert werden.
- (28) Eine Simulation mit dem IHS-Prognosemodell führt etwa die Hälfte des von der OECD für 1990 bis 1994 prognostizierten Wachstumssprunges gegenüber den anderen europäischen OECD-Ländern auf die kurzfristigen Wirkungen der Ostöffnung zurück. Demnach trägt die Ostöffnung im Zeitraum 1990–1994 2,4 Prozent zum realen Bruttoinlandsprodukt und 1,7 Prozent zur Beschäftigung bei. Für einen mittelfristigen Zeitraum reduzieren Kramer et al. (1992) den zusätzliche Netto-Beschäftigungseffekt auf ca. 10.000–15.000.

Literatur

- Abele, H.; Nowotny, E.; Schleicher, St.; Winckler, G. (Hrsg.), Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik (Wien 1989).
- Arndt, S. W. (Hrsg.) The Political Economy of Austria (Washington D.C. 1982).
- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Ostöffnung (Wien 1992).
- Brown, Anne Romanis, Wage Determination and Incomes Policy in Open Economies (Washington D.C. 1986).
- Breuss, Fritz, Die österreichische Außenwirtschaft 1945–1982 (Wien 1983).
- Breuss, Fritz, Austro-Keynesianismus – eine wirtschaftspolitische Innovation mit Folgen, in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Aufklärung und Wirtschaftsforschung, Hans Seidel zum 65. Geburtstag (Wien 1987).
- Bruckbauer, St., Bank Austria Report, No. 2 (Wien 1992).
- Butschek, Felix., Full Employment during Recession, in: Arndt (Hrsg.) (1982) 101–123.
- Hackl, F.; Schneider, F., Austrian Economic Policy since 1945: An Exploratory Analysis (=Arbeitspapier Nr. 9213, Johannes-Kepler-Universität Linz, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Linz 1992).
- Hochreiter, E.; Winckler, G., Signaling a Hard Currency Strategy: The Case of Austria (=Arbeitspapier Nr. 10, Auslandsanalyse-Abteilung, Oesterreichische Nationalbank, Wien 1992).
- Institut für Höhere Studien, Mittelfristige Prognose für die österreichische Wirtschaft 1993–1997 (Wien 1992).
- Itzlinger, A.; Kerschbamer, R.; Van der Bellen, A., Verstaatlichte Industrie (ÖIAG-Konzern), in: Abele, Nowotny, Schleicher, Winckler (Hrsg.) (1989) 421–442.
- Köppel, A.; Wörgötter, A., Wachstum, Inflation und Zinsen, in: Wörgötter, Andreas (Hrsg.), Mittelfristige Szenarien für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Österreich (=Institutsarbeit Nr. 295, Institut für Höhere Studien, Wien 1991).
- Kramer, Helmut; Peneder, M.; Stankovsky, Jan, Chancen und Gefährdungspotentiale der Ostöffnung: Konsequenzen für die Österreichische Wirtschaft (=Zwischenbericht, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien 1992).
- Ross, L.; Renelt, D., A Sensitivity Analysis of Cross Country Growth Regression, in: The American Economic Review 82/4 (1992) 942–963.
- Mitter, Peter; Wörgötter, Andreas (Hrsg.), Austro-Keynesianismus, Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag (Heidelberg 1990).
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Aufklärung und Wirtschaftsforschung, Hans Seidel zum 65. Geburtstag (Wien 1987).
- Pommerehne, W. W.; Schneider, F.; Frey, B. S. I., Quot Homines, Tot Sententiae? A Survey Among Austrian Economists, in: Empirica 10 (1983) 252–308.
- Seidel, Hans, Zwischenbilanz der Budgetkonsolidierung, in: Die P.S.K., Schriftenreihe Volkswirtschaft 12 (1992) 7–14.
- Wörgötter, Andreas, Die ökologische Herausforderung, in: Nowotny, Tieber (1985).
- Wörgötter, Andreas, Reform im Osten – Geschäft für den Westen?, in: Bank Austria Report 3 (1992a) 8–11.
- Wörgötter, Andreas, Das österreichisch-deutsche Zinsdifferential und der österreichische Kapitalverkehrssaldo, in: Die P.S.K., Schriftenreihe Volkswirtschaft 12 (1992b) 15–35.



A. Forschungsberichte/Research Memoranda

Preis: Einzelpersonen ÖS 75.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band plus Versandkosten;
erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

Eine Gesamtliste der Berichte seit 1966 erhalten Sie von der Bibliothek des Instituts für Höhere Studien.

B. Workshop-Proceedings

Preis: pro Band ÖS 180.00 plus Versandkosten, erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

C. Sonderpublikationen - Special Studies Series

Preis: Unterschiedliche Preise plus Versandkosten.

D. Sonderdrucke - Reprints

Sonderdrucke erhalten Sie gratis.

E. Reihe Politikwissenschaft - Political Science Series

Preis: Einzelpersonen ÖS 70.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band.
Abonnement (10 Exemplare): Einzelpersonen ÖS 500.00, Institutionen ÖS 1.200.00.

F. Reihe Soziologie - Sociological Series

Preis: Einzelpersonen ÖS 70.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band.
Abonnement (10 Exemplare): Einzelpersonen ÖS 500.00, Institutionen ÖS 1.200.00.

G. Reihe Osteuropa - East European Series

Preis: Einzelpersonen ÖS 70.00, Institutionen ÖS 220.00 pro Band.
Abonnement (10 Exemplare): Einzelpersonen ÖS 300.00, Institutionen ÖS 1.000.00.

Bestellungen für A, B, C, D, E, F und G richten Sie bitte an die Bibliothek des Instituts für Höhere Studien.

H. Institutsarbeiten - Prognosen (Wirtschaft)

Anfragen richten Sie bitte an die Direktion des Instituts für Höhere Studien.

I. Zeitschrift - Empirical Economics

A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies; erscheint im Physica Verlag.

Herausgeber, Verleger und Eigentümer:

Institut für Höhere Studien
Stumpergasse 56
A-1060 Wien

Telefon (0222) 59 9 91
Telefax (0222) 597 06 35

Bankverbindung: Bank Austria, Wien
Konto-Nummer: 236-102-694/00

PUBLICATIONS OF THE INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

A. Forschungsberichte/Research Memoranda

Price: Individuals AS 75.00, Institutions AS 220.00 per Volume plus postage and handling; published in irregular intervals.

Please contact the Library of the Institute for Advanced Studies for a complete publication list since 1966.

B. Workshop-Proceedings

Price: per Volume AS 180.00 plus postage and handling, published in irregular intervals.

C. Sonderpublikationen - Special Studies Series

Price: Different prices plus postage and handling.

D. Sonderdrucke - Reprints

Reprints will be sent free of charge.

E. Reihe Politikwissenschaft - Political Science Series

Price: Individuals AS 70.00, Institutions AS 220.00 per Volume.
Subscription (10 Papers): Individuals AS 500.00, Institutions AS 1.200.00.

F. Reihe Soziologie - Sociological Series

Price: Individuals AS 70.00, Institutions AS 220.00 per Volume.
Subscription (10 Papers): Individuals AS 500.00, Institutions AS 1.200.00.

G. Reihe Osteuropa - East European Series

Price: Individuals AS 70.00, Institutions AS 220.00 per Volume.
Subscription (10 Papers): Individuals AS 300.00, Institutions AS 1.000.00.

Orders for **A, B, C, D, E, F** and **G** should be sent to the Library of the Institute for Advanced Studies.

H. Institutsarbeiten - Economic Forecasts

Inquiries should be sent to the director's office of the Institute for Advanced Studies.

I. Journal - Empirical Economics

A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies; published by Physica Verlag.

Corporate Editor, Publisher:
Institute for Advanced Studies
Stumpergasse 56
A-1060 Vienna

Telephone (0222) 59 9 91
Telefax (0222) 597 06 35

Bank: Bank Austria, Vienna
Account no. 236-102-694/00

Forschungsberichte/Research Memoranda

- | | | |
|---------|--|--|
| No. 312 | URL, Thomas | Do Austria And Germany Form An Optimum Currency Area?
January 1993. |
| No. 313 | SCHMEIKAL, Bernd | Space-Time Sociology.
January 1993. |
| No. 314 | SCHIENSTOCK, Gerd
TRAXLER, Franz | Economic Transformation and Institutional Change.
A Cross-national Study in the Conversion of Union Structures
and Politics in Eastern Europe.
February 1993. |
| No. 315 | KEUSCHNIGG, Christian
KOHLEK, Wilhelm | Dynamic Effects of Tariff Liberalization:
An Intertemporal CGE Approach.
February 1993. |
| No. 316 | RAZIN, Assaf
SADKA, Efraim | Interactions between International Migration and
International Trade: Positive and Normative Aspects.
February 1993. |
| No. 317 | PICHELMANN, Karl
RIEDEL, Monika | Unemployment Duration and the Relative Change in
Individual Earnings: Evidence from Austrian Panel
Data.
March 1993. |
| No. 318 | BANERJEE, Abhijit
WEIBULL, Jörgen W. | Evolutionary Selection with Discriminating Players.
March 1993. |
| No. 319 | STARK, Oded | Nonmarket Transfers and Altruism.
April 1993. |
| No. 320 | BERGSTROM, Theodore C.
STARK, Oded | How Altruism Can Prevail in an Evolutionary
Environment.
April 1993. |
| No. 321 | KEUSCHNIGG, Christian | Overshooting Adjustment to Tariff Protection.
May 1993. |
| No. 322 | HAUSER, MICHAEL A.
KUNST, Robert M. | Fractionally Integrated Models With ARCH Errors.
May 1993. |
| No. 323 | HOFER, Helmut
WÖRGÖTTER, Andreas | Regional Convergence in Austria.
May 1993. |
| No. 324 | RITZBERGER, Klaus
WEIBULL, Jörgen W. | Evolutionary Selection in Normal Form Games.
June 1993. |
| No. 325 | FLECKER, Jörg
SCHIENSTOCK, Gerd | Globalisierung, Konzernstrukturen und Konvergenz
der Arbeitsorganisation.
Juni 1993. |
| No. 326 | KEUSCHNIGG, Christian | The Vanishing Savings Motive.
June 1993. |
| No. 327 | RÜNSTLER, Gerhard | An Analysis of Austrian Output Growth at a Sectoral Level.
July 1993. |

- No. 328 GALOR, Oded
STARK, Oded
Life Expectancy, Human Capital Formation, and Per-Capita Income.
July 1993.
- No. 329 PICHELMANN, Karl
Hysteresis in Unemployment: A Quick Refresher Note.
July 1993.
- No. 330 HSU, Chien-Te
Stock Markets Efficiency and Volatility Tests: A Survey.
July 1993.
- No. 331 HOFER, Helmut
RÜNSTLER, Gerhard
URL, Thomas
The Dynamic Effects of Aggregate Demand and Supply Disturbances: Further Evidence.
July 1993.
- No. 332 MÜLLER, Karl H.
STEINER, Josef S.
TOBIL, Friedrich
TSCHARE, Georg
Wissenschaft als System. Von der Black Box zum Black Hole - und retour ... ?
Juli 1993.
- No. 333 ALT, Raimund
A Sequential Variance Ratio Test Based on the Closure Test Principle.
September 1993.
- No. 334 HELMENSTEIN, Christian
YEGOROV, Yury
The Dynamics of Migration in the Presence of Chains.
September 1993.
- No. 335 KUNST, Robert M.
Fourth-Moment Structures in Financial Time Series.
October 1993.
- No. 336 NATTER, Martin
BUCHTA, Christian
Measuring Demand Interdependencies by Neural Networks.
November 1993.
- No. 337 HELMENSTEIN, Christian
Anbieterkonzentration auf dem Markt für Jahresabschlussprüfungen.
Januar 1994.
- No. 338 STARK, Oded
The Dynamics of Labor Migration When Workers Differ in Their Skills and Information is Asymmetric.
January 1994.
- No. 339 ALT, Raimund
Zur Beziehung zwischen Barwertmodell, Fair Game Modell und Martingalmodell. Eine Übersicht.
Jänner 1994.
- No. 340 HEIJDRRA, Ben J.
VAN DER PLOEG, Frederick
Keynesian Multipliers and the Cost of Public Funds Under Monopolistic Competition.
February 1994.
- No. 341 THALMANN, Philippe
GOULDER, Lawrence H.
DELORME, Francois
Assessing the International Spillover Effects of Capital Income Taxation.
April 1994.
- No. 342 RITZBERGER, Klaus
A Note on Games under Expected Utility with Rank Dependent Probabilities.
April 1994.

- No. 343 DEHEJIA, Vivek H. Income Distribution and the Limits to Policy Reform. Shock Therapy or Gradualims? May 1994.
- No. 344 BOVENBERG, A. Lans de MOOIJ, Ruud A. Environmental Tax Reform and Endogenous Growth. June 1994.
- No. 345 BRANDEL, Franz HOFER, Helmut PICHELMANN, Karl Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt. Juni 1994.
- No. 346 BÖHM, Bernhard KOMAN, Reinhard RAGACS, Christian Export-led Growth in the Former CMEA Countries? An Empirical Investigation for Eastern Europe. July 1994.
- No. 347 SUMMER, Martin Principal-Agent Problems from a Game-theoretic Viewpoint. July 1994.

Sonderdrucke - Reprints

- No. 1 CAMPBELL, David: Der politische Paradigmenbruch. Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen als demokratiepolitische Phänomene. September 1991.
Sonderdruck aus: SWS-Rundschau, 31. Jg., Heft 2, 1991, S. 211-222.
- No. 2 LASSNIGG, Lorenz: The "New Values" and Consumer Behaviour. Some Empirical Findings From Austria. November 1991.
Reprint from: Klaus G. Grunert and Folke Ölander (Eds.): Understanding Economic Behaviour. Theory and Decision Library. Series A: Philosophy and Methodology of the Social Sciences, Dordrecht, Boston, London, Kluwer Academic Publishers, 1989, pp. 333-345.
- No. 3 AICHHOLZER, Georg - FLECKER, Jörg - SCHIENSTOCK, Gerd: Ungewißheit und Politik in betrieblichen Rationalisierungsprozessen. Dezember 1991.
Sonderdruck aus: Georg Aichholzer, Gerd Schienstock (Hg.): Arbeitsbeziehungen im technischen Wandel. Neue Konfliktlinien und Konsensstrukturen, Berlin, Edition SIGMA, 1989, S. 43-69.
- No. 4 AICHHOLZER, Georg: Technischer Wandel als kultureller 'Trendsetter'?. Jänner 1992.
Sonderdruck aus: Josef Hochgerner, Arno Bammé (Hg.): Technisierte Kultur, Beiträge zur Soziologie der Technik, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 1, 1989, S. 13-28.
- No. 5 LASSNIGG, Lorenz - PECHAR, Hans: Bildung und Strukturwandel. Institutionelle Aspekte im internationalen Vergleich. Juni 1992.
Sonderdruck aus: Josef Schmee, Lorenz Lassnigg, Hans Pechar (Hrsg.), u.a.: Strukturwandel und Bildung. Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Qualifizierung der Beschäftigten in Verbindung mit dem Einsatz neuer Technologien. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Institutes für Wachstumsforschung, Band 14, 1992, S. 224-289.
- No. 6 CAMPBELL, David F.J.: Die Dynamik der politischen Links-rechts-Schwingungen in Österreich. Die Ergebnisse einer Expertenbefragung. März 1993.
Sonderdruck aus: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 21. Jg., Heft 2, 1992, S. 165-179.
- No. 7 MARTINSEN, Renate: Theorien politischer Steuerung. Auf der Suche nach dem Dritten Weg. Juli 1993.
Sonderdruck aus: Klaus Grimmer, Jürgen Häusler, Stefan Kuhlmann, u.a. (Hrsg.): Politische Techniksteuerung, Opladen 1992, S. 51-73.
- No. 8 GERLICH, Peter: Politikwandel und Politikwissenschaft. Zwölf neuere Beiträge. Februar 1994.
- No. 9 EARLE, John S. - WÖRGÖTTER, Andreas: Monopoly Power, Import Competition, and Price Liberalization in the CSFR. July 1994.
Sonderdruck aus: Janos Gacs, Georg Winckler (Eds.): International Trade and Restructuring in Eastern Europe. International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg, Austria; Physica-Verlag, 1994, pp.321-341.

Institut
für
Höhere Studien
Reihe Soziologie

- 1 Angelika Volst (Hrsg.)
Information und Macht
Proceedings
ad-hoc Gruppe am 13. Österreichischen
Kongreß für Soziologie
25.-27.11.1993 in Klagenfurt
November 1993

- 2 Lorenz Lassnigg (Hrsg.)
Hochschulreformen in Europa:
Autonomisierung,
Diversifizierung,
Selbstorganisation
Dezember 1993

- 3 Karl H. Müller
Zement und Gesellschaft
Modernisierungsskizzen
aus dem Geist Karl Polanyis
April 1994

Bestellungen

IHS
Bibliothek
Stumpergasse 56
A-1060 Wien
T 59991-237
F 5970635

Preise (inkl. Versand)

Einzelexemplare
Einzelpersonen: ÖS 70,- DM 10,-
Institutionen: ÖS 220,- DM 33,-
Abonnement (10 Exemplare)
Einzelpersonen: ÖS 500,- DM 70,-
Institutionen: ÖS 1.200,- DM 175,-

Institut
für
Höhere Studien
Reihe Politikwissenschaft

- 1 Josef Melchior
Postmoderne Konflikte um den Konsensus-Begriff
Zum »Widerstreit« zwischen Lyotard und Habermas
Oktober 1992
- 2 Andreas Schedler
Die Funktionsbedingungen konzertierter Politik
Überlegungen zu Lateinamerika
November 1992
- 3 Renate Martinsen und Josef Melchior
»Landnahme«
Eine kritische Evaluation sozialverträglicher Technikgestaltung
in Nordrhein-Westfalen
Dezember 1992
- 4 Bernhard Kittel
Die Selbstbeschreibung der Gesellschaft
Der Begriff der Nation als *missing link* der Systemtheorie?
Januar 1993
- 5 Hans Glatz
Der Industriekomplex »Schienentransportsysteme«
Chancen für eine neue Dynamik in einer »alten« Industrie
Februar 1993
- 6 Agnes Heller
**The Limits to Natural Law
and the Paradox of Evil**
April 1993
- 7 Andreas Schedler
Das empirische Profil der »Politikverdrossenheit«
Ein Annäherungsversuch
(auf der Grundlage von *Austrian Life Style 1992*)
April 1993
- 8 Rainer Bauböck
Integration in a Pluralistic Society
Strategies for the Future
Mai 1993

- 9 David F.J. Campbell
**Strukturen und Modelle der F&E-Finanzierung
in Deutschland: eine Policy-Analyse**
September 1993
- 10 Philippe C. Schmitter
**Some Propositions about Civil Society
and the Consolidation of Democracy**
September 1993
- 11 Rogers Brubaker
**National Minorities, Nationalizing States, and
External National Homelands in the New Europe.**
Notes toward a Relational Analysis
Dezember 1993
- 12 Kenneth Newton / Augusti Bosch
**The Economic Basis of Attitudes towards the
European Community: Familiarity Breeds Content?**
April 1994
- 13 Georg Aichholzer / Renate Martinsen / Josef Melchior
**Österreichische Technologiepolitik auf dem
Prüfstand**
Mai 1994

Bestellungen

IHS
Bibliothek
Stumpergasse 56
A-1060 Wien
T 59991-237
F 5970635

Preise (inkl. Versand)

Einzelexemplare

Einzelpersonen: ÖS 70,- DM 10,-
Institutionen: ÖS 220,- DM 33,-
Abonnement (10 Exemplare)
Einzelpersonen: ÖS 500,- DM 70,-
Institutionen: ÖS 1.200,- DM 175,-

INSTITUTE
FOR
ADVANCED STUDIES

East European Series

- No. 1 Vladimir GLIGOROV
"Gradual Shock Therapy", 22 pp.
January 1994
- No. 2 Alexander I. YASTREMSKY
"A Simulation of Structural Changes in the Economy of the
Regions Affected by the Chernobyl Catastrophe", 22 pp.
February 1994
- No. 3 Mark DUTZ and James SILBERMAN
"Building Capabilities: A Marshall Plan Type Productivity
Enhancement Program for Eastern Europe and the Former
Soviet Union", 15 pp.
February 1994
- No. 4 Theresia THEURL
"Experiences With Monetary Reform in Western European
Countries With Differing Levels of Development", 30 pp.
April 1994
- Nr. 5 Vladimir TITKOV and Andreas WÖRGÖTTER
"Inflation in the Russian Federation: Dynamics and Causes",
41 pp., April 1994
- Nr. 6 Edmond LEKA
"Power Industry in Albania and its Way through the Reform
to Market Economies", 50 pp.
June 1994
- Nr. 7 Larisa LESHCHENKO
"Privatizing Ukraine — Will the Ukrainian People Become
Richer?", 12 pp.
July 1994
- Nr. 8 Pavol OCHOTNICKÝ and Jana KOHÚTOVÁ
"Regional Unemployment and Employment Policy in
Slovakia", 18 pp.
July 1994